

Überweisung des Stadtrates an den Gemeinderat der Stadt Zürich

12.12.2007

Weisung 204

Beteiligung der Stadt Zürich an der Geopower Basel AG, Kapitalerhöhung und Gewährung zusätzlicher Darlehen

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hatte am 13. Juli 2005 beschlossen (GR Nr. 2005/157), dass sich die Stadt Zürich mit einem Betrag von 3,2 Mio. Franken an der Geopower Basel AG beteiligen solle. Dieser Betrag entsprach einem Anteil von 6,8 Prozent des damals der Geopower Basel AG zur Verfügung stehenden Kapitals von 47,2 Mio. Franken. Zu jenem Zeitpunkt ging man davon aus, dass dieser Betrag für die Finanzierung der so genannten Explorationsphase ausreichen würde. Die Explorationsphase umfasst die Bohrarbeiten bis zur Erschliessung des geothermischen Reservoirs und den Nachweis eines leistungsfähigen Zirkulationssystems.

Noch vor Ende des Jahres 2005 wurde klar, dass sich die weltweite Erhöhung der Nachfrage für Leistungen im Umfeld der Bohrindustrie auch auf dieses Projekt verteuern auswirken würde. Am 7. Februar 2006 hatte der Verwaltungsrat der Geopower Basel AG ein neues Budget von 62 Mio. Franken (Genauigkeit +/- 6 Mio. Franken) zur Kenntnis genommen und dabei festgestellt, dass die in jenem Moment verfügbaren 53,2 Mio. Franken nicht bis zum Abschluss der Explorationsphase ausreichen würden. Er hatte darauf folgende Beschlüsse gefasst:

Das Projekt wird mit den vorhandenen Mitteln bis zum Meilenstein «Stimulation» (erfolgreicher Abschluss der ersten Bohrung von 5000 m und Stimulierung des Wärmereservoirs) weitergeführt.

Parallel dazu wird den Aktionären eine Kapitalerhöhung um 20,8 Mio. Franken auf 74 Mio. Franken beantragt, mit dem Ziel, dass dieser Betrag Ende 2006 zur Verfügung steht. Dies erlaubt eine verzögerungsfreie Weiterführung des Projektes im Fall der erfolgreichen Stimulation.

Auf dieser Basis hatte der Verwaltungsrat den Stadtrat mit Schreiben vom 30. Mai 2006 angefragt, ob die Stadt Zürich (das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, ewz) bereit wäre, ihren Anteil an der Finanzierung von 3,2 Mio. Franken um 1,47 Mio. Franken auf neu 4,67 Mio. Franken zu erhöhen.

Mit Weisung 35 vom 30. August 2006 hatte der Stadtrat dem Gemeinderat eine entsprechende Ausgabenbewilligung beantragt. Dabei hatte der Stadtrat aufgrund der knappen finanziellen Reserven und der unsicheren Kostenentwicklung des Projektes in seinem Antrag zusätzlich zu den von der Geopower Basel AG vorgeschlagenen Erhöhung von 1,47 Mio. Franken einen Reservebetrag von 1,33 Mio. Franken eingeschlossen (gesamte beantragte Erhöhung 2,8 Mio. Franken, Beteiligung der Stadt Zürich neu 6 Mio. Franken), damit der Stadtrat bei einer allfälligen weiteren notwendigen Kapitalerhöhung im Rahmen der Explorationsphase kurzfristig entscheiden könnte, ob sich die Stadt Zürich daran beteiligen möchte.

Die Weisung 35 war am 13. September 2006 vom Gemeinderat an die SK PD/TED/DIB zur Beratung überwiesen worden.

Im Laufe des zweiten Halbjahres von 2006 zeichnete sich ab, dass auch das revidierte Budget vom 7. Februar 2006 nicht eingehalten werden konnte. Der Hauptgrund dafür war, dass für die erste Bohrung 180 statt, wie ursprünglich geplant, 100 Tage benötigt wurden. Das bedeutete, dass auch die vom Stadtrat mit Weisung 35 beantragte Reserve von 1,33 Mio. Franken nicht dafür ausreichen würde, den ursprünglichen Anteil der Stadt Zürich an der Finanzierung des Projektes proportional zu erhöhen. Aus diesem Grund hat der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe im November 2006 dem Präsidenten der Spezialkommission PD/TED/DIB vorgeschlagen, die Behandlung der Weisung 35 so lange zurückzustellen, bis aktuelle Budgetzahlen vorliegen.

2. Künstliches Erdbeben

Am 8. Dezember 2006 ist im Laufe der Stimulierung mit hohem Wasserdruck ein deutlich spürbares künstliches Erdbeben der Stärke 3,4 auf der Richter-Skala aufgetreten. Dieses Ereignis veränderte die Situation fundamental. Die Behörden des Kantons Basel-Stadt haben die unmittelbare Einstellung der Stimulation verfügt, was faktisch einem Projektstopp gleichkam, und sie haben von der Geopower Basel AG einen Situationsbericht innert Monatsfrist verlangt. Nach Eingang dieses Berichts hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erklärt, dass er nach wie vor positiv zur Geothermie stehe, dass das Projekt der Geopower Basel AG jedoch aufgrund der Vorfälle politisch neu bewertet werden müsse. Bis Anfang Februar 2007 sind drei weitere künstliche Beben mit einer Stärke von mehr als 3 (Richter-Skala) aufgetreten. Das Projekt wird in Basel nach wie vor kontrovers diskutiert. Die Meinungen von Fachleuten über die Gründe der Erdbeben und über die Erfolgsaussichten des Projektes sind unterschiedlich. Der Regierungsrat will noch dieses Jahr dem Grossen Rat einen Kreditantrag für die Durchführung einer Risikoanalyse vorlegen.

3. Bisherige Massnahmen der Geopower Basel AG

Bereits am 20. Dezember 2006 hat der Verwaltungsrat beschlossen, die Projektaktivitäten auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren. Die Kosten für die Miete des Bohrturms betragen rund Fr. 100 000.-- pro Tag. Da völlig offen ist, ob, wann und unter welchen Auflagen allenfalls mit der zweiten Bohrung gestartet werden kann, wurde der Vertrag mit der Bohrfirma aus Kostengründen am 20. Dezember 2006 per sofort gekündigt.

Um den nach wie vor – auch unter der völlig neuen Ausgangslage – dringend notwendigen Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln zu decken, hat die Geopower Basel AG am 29. Januar 2007 eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,269 Mio. Franken durchgeführt, mit dem Ziel, die Finanzierung der zwingend notwendigen Projektaktivitäten sicherzustellen. Mit dieser Kapitalerhöhung und den zusätzlich zugesagten Aktionärsdarlehen ist ein Zusatzbeitrag von 12,69 Mio. Franken bereitgestellt worden. Das Total der bis heute von den Aktionären gesprochenen Mitteln beträgt 59,89 Mio. Franken. Dazu kommt der ursprünglich gewährte Förderbeitrag des Kantons Basel-Stadt von 8 Mio. Franken. Damit beläuft sich das Total aller bis jetzt verbindlich zugesagten finanziellen Mittel auf 67,89 Mio. Franken.

Aus terminlichen Gründen hat sich die Stadt Zürich (das ewz) nicht an der Kapitalerhöhung vom 29. Januar 2007 beteiligt. Die übrigen Aktionäre erwarten jedoch, dass das ewz bei einem zusätzlichen Bedarf an Mitteln seinen Finanzierungsanteil im Sinne der Solidarität mit allen anderen Aktionären von heute rund 5,3 Prozent wieder auf die ursprünglichen 6,8 Prozent erhöhen wird, hatte doch der Stadtrat mit seiner Weisung 35 vom 30. August 2006 – die allerdings von den zwischenzeitlichen Ereignissen überholt worden ist – entsprechend Antrag gestellt.

4. Beteiligungsstruktur der Geopower Basel AG

Seit der der Kapitalerhöhung vom 29. Januar 2007 gilt folgende Beteiligungsstruktur:

Aktienkapital		Fr.
IWB	2000 Aktien	2 000 000
EBL	940 Aktien	940 000
NOK	557 Aktien	557 000
GVM	467 Aktien	467 000
BL/AUE	320 Aktien	320 000
ewz	320 Aktien	320 000
ED	467 Aktien	467 000
CKW	346 Aktien	346 000
AET	292 Aktien	292 000
SIG	200 Aktien	200 000
Geothermal	80 Aktien	<u>80 000</u>
Total Aktienkapital		5 989 000
Nachrangige Aktionärsdarlehen		Fr.
IWB		18 000 000
EBL		8 460 000
NOK		5 013 000
GVM		4 203 000
BL		2 880 000
ewz		2 880 000
ED		4 203 000
CKW		3 114 000
AET		2 628 000
SIG		1 800 000
GEL		<u>720 000</u>
Total nachrangige Aktionärsdarlehen		53 901 000
BS/AUE, Förderbeitrag		<u>8 000 000</u>
Total Finanzmittel		67 890 000

5. Aktuelle Situation

Die Geopower Basel AG führt das Projekt mit minimalem Aufwand weiter. Dazu gehören die Überwachung der Baustelle sowie Auswertungen und Analysen. Damit werden die Möglichkeiten für eine aktive Weiterführung des Projektes zu einem späteren Zeitpunkt offen gehalten.

Im Kanton Basel-Stadt ist ein intensiver politischer Meinungsbildungsprozess über die Zukunft dieses Projektes im Gang. Die vom Regierungsrat geplante Risikoanalyse soll einen wesentlichen Beitrag dazu liefern. Es sind wissenschaftliche, technische, finanzielle, politische und kommunikative Fragen zu beantworten.

Parallel dazu bilden sich die einzelnen Aktionäre der Geopower Basel AG eine Meinung über ihre Haltung zum Projekt. Mit Ausnahme des Kantons Baselland stehen nach wie vor alle Aktionäre hinter dem geplanten Vorhaben. Ihre zukünftige Position wird stark von den Entscheidungen des Kantons Basel-Stadt beeinflusst werden.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen ist auch die Stadt Zürich gefordert, ihre Position als Aktionärin zu überdenken. Tiefe Geothermie ist längerfristig eine der zukunftsträchtigsten Technologien für die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Stadt Zürich befasst sich ernsthaft mit der Nutzung dieses Potenzials und hat sich gerade aus diesem Grund mit Risikokapital an der Geopower Basel AG beteiligt. Die bisher aus dieser Beteiligung gewonnenen Erkenntnisse sind sehr wertvoll und liefern gute Grundlagen für entsprechende Entscheidungen der Stadt Zürich. Es macht daher Sinn, die Beteiligung an der Geopower Basel AG in geeigneter Form fortzuführen, falls die politischen, technischen und finanziellen Rahmenbedingungen erlauben sollten, das Projekt mit Chancen auf Erfolg fortzusetzen.

Wie bereits erwähnt, ist die im Gemeinderat pendente Weisung 35 vom 30. August 2006 aufgrund der seither eingetretenen Ereignisse überholt. Der Stadtrat hat sie daher mit Zusage an den Gemeinderat vom heutigen Datum zurückgezogen.

Mit Schreiben vom 30. Juli 2007 hat der Verwaltungsrat der Geopower Basel AG den Stadtrat angefragt, ob die Stadt Zürich (das ewz) bereit sei, auch unter den veränderten Rahmenbedingungen ihren Anteil an der Finanzierung von 3,2 Mio. Franken um 1,47 Mio. Franken auf neu 4,67 Mio. Franken zu erhöhen und sich damit solidarisch mit den weiteren Aktionären an den noch auflaufenden Kosten der Gesellschaft zu beteiligen. Diese Mittel werden für folgende Aktivitäten benötigt:

Dokumentation der bis Dezember 2006 erfolgten Arbeiten.

Überwachung der im Bohrloch kontinuierlich erfassten Messdaten.

Abschlussmessungen zur Beurteilung der Bohrung und des durch Einpressung von Wasser generierten Reservoirs. Ohne diese Messungen können die Eigenschaften und die Güte des Reservoirs nicht schlüssig beurteilt werden. Diese Aktivitäten dienen dazu, eine optimale Grundlage zur Verfügung zu haben, sei es für die Weiterführung des Projektes in Basel oder für die Lancierung eines neuen Projektes an einem anderen Standort.

Im Weiteren ist die Schadenabwicklung unter der Federführung der AXA Winterthur im Gange. Von etwa 2500 gemeldeten Schäden sind etwa 1500 in Bearbeitung. Es wird von Gesamtkosten von 2 bis 5 Mio. Franken ausgegangen.

Insbesondere für die Abschlussmessungen ist der zusätzliche Beitrag der Stadt Zürich essenziell, da aufgrund der knappen verfügbaren Mittel der Geopower Basel AG die Durchführung dieser sehr wichtigen und wertvollen Messungen gefährdet ist.

6. Ausgabenerhöhung

	Fr.
Beantragte Beteiligung der Stadt Zürich an der Finanzierung der Geopower Basel AG	4 670 000
Abzüglich bereits bewilligter Ausgaben gemäss GR Nr. 2005/157	3 200 000
Beantragte Ausgabenerhöhung	1 470 000

Die bereits bewilligten Ausgaben in Form von Aktienkapital und zinsfreiem Darlehen gemäss GR Nr. 2005/157 wurden in der Rechnung des ewz, gestützt auf die erwähnten Vorkommnisse, bereits Ende 2006 als nicht mehr werthaltig beurteilt und der laufenden Rechnung belastet. Ebenso würden die zusätzlichen Gelder (Erhöhung Aktienkapital und Erhöhung des zinsfreien Darlehens) als Projektierungskosten eines nicht realisierten Vorhabens direkt der laufenden Rechnung belastet.

Die Erhöhung der Ausgaben in der Höhe von 1,47 Mio. Franken ist im Voranschlag des ewz für das Jahr 2008 nicht enthalten. Das Gewinnziel des ewz gemäss Globalbudget wird jedoch auch unter Berücksichtigung dieser Ausgaben erreicht werden.

Dem Gemeinderat wird beantragt:

Für die Erhöhung des Aktienkapitals der Geopower Basel AG und für die Erhöhung des Aktionärsdarlehens werden zulasten der Rechnung des Elektrizitätswerks Ausgaben von 1,47 Mio. Franken wie folgt bewilligt:

Fr. 150 000.-- zur Zeichnung von weiteren 150 Namenaktien im Nennwert von Fr. 1000.-- (insgesamt somit 470 von der Stadt Zürich gehaltene Aktien im Nennwert von Fr. 1000.--);
Fr. 1 320 000.-- zur Aufstockung des von der Stadt Zürich gewährten nachrangigen zinsfreien Aktionärsdarlehens von bisher Fr. 2 880 000.-- auf insgesamt Fr. 4 200 000.--, womit der Finanzierungsbeitrag der Stadt Zürich (Aktien und zinsfreies Darlehen) insgesamt Fr. 4 670 000.-- erreicht.

Der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe wird ermächtigt, die notwendigen Verträge abzuschliessen.

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe übertragen.

Im Namen des Stadtrates
der Stadtpräsident
Dr. Elmar Ledergerber
der Stadtschreiber
Dr. André Kuy